



Presseschau vom 20.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Marinko Učur: Entschließung des Europäischen Parlaments: Ein "toter Buchstabe" oder neuer Druck auf Serbien?

Teile des EU-Parlaments befürchten eine zu große Einflussnahme Chinas in Serbien und auf dem Westbalkan. Zudem äußerten sie Kritik an den Arbeitsbedingungen vietnamesischer Arbeiter in Serbien beim Bau einer chinesischen Reifenfabrik. ...

<https://kurz.rt.com/2r8x>

Susan Bonath: Arm bis zum Lebensende: Jede vierte Seniorin über 80 kommt kaum über die Runden

Die Altersarmut in Deutschland wächst, das belegen neue Daten. Vor allem Frauen sind davon betroffen. Und die Ampelkoalition hat keinen Plan zur Abhilfe. ...

<https://kurz.rt.com/2r8p>

de.rt.com: Ukraine als Aufmarschgebiet der NATO: Bereits 10.000 Soldaten der westlichen Allianz im Land

Betrachtet man die Zahlen der in der Ukraine stationierten NATO-Kräfte, kommt man zu dem Schluss, dass die Ukraine de facto schon lange ein NATO-Mitglied ist, welches enger mit dem Bündnis zusammenarbeitet, als manch andere NATO-Staaten in der Region. ...

<https://kurz.rt.com/2r63>

snanews.de: **Gegenwind für den russischen Weltraumbahnhof Baikonur**

Baikonur in Kasachstan hat Geschichte geschrieben. Von dort startete der erste Mensch ins All. Russland hat den Weltraumbahnhof gepachtet – und baut weiter an einem eigenen. Droht Baikonur nun das Aus? ...

<https://snanews.de/20211220/gegenwind-fuer-den-russischen-weltraumbahnhof-baikonur-4754202.html>

Anton Gentzen: Ist das neutraler Journalismus? Wie Medien die Satirikerin Lisa Fitz für Corona-Aussage attackieren

Die Kabarettistin Lisa Fitz mischt sich satirisch in die Debatte um die aktuelle Corona-Politik ein und wird dafür vom journalistischen Mainstream scharf angegriffen. Seit den frühen 90er-Jahren präzedenzlos schneidet der "öffentlich-rechtliche" Fernsehsender den satirischen Beitrag gar aus dem Sendungsarchiv heraus. ...

<https://kurz.rt.com/2ra6>

abends/nachts:

de.rt.com: **Russische Botschaft in der Schweiz kritisiert die Auslieferung eines Geschäftsmanns an die USA**

Eine heute veröffentlichte Pressemitteilung der Russischen Botschaft in Bern kritisiert die Schweizer Justiz und sieht eine fortdauernde Verfolgung russischer Staatsbürger in Drittländern durch Washington.

Die Botschaft der Russischen Föderation in Bern veröffentlichte am Sonntag eine Pressemitteilung, mit der sie die Entscheidung des Eidgenössischen Bundesamtes für Justiz, den Geschäftsmann und russischen Staatsangehörigen Wladislaw Kljuschin an die USA auszuliefern, kommentiert.

Man bedauere diese Entscheidung und deren schnelle Vollziehung, führt die Botschaft aus. Die Schweizer Behörde habe sowohl die Anträge und Eingaben der Verteidiger außer Acht gelassen, als auch die diplomatische Note vom 17. Dezember 2021. Unbeachtet geblieben ist insbesondere der politische Hintergrund der Strafverfolgung in den USA. Das Auslieferungsersuchen der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation sei grundlos abgelehnt worden.

Die Pressemitteilung endet mit der Feststellung, dass die Auslieferung Kljuschins eine weitere Episode einer schon länger andauernden "Jagd" Washingtons auf russische Staatsbürger in Drittländern ist.

Kljuschin war am 21. März 2021 im Kanton Wallis auf ein Ersuchen der USA hin festgenommen und in Auslieferungshaft versetzt worden. Seine Auslieferung ist am 18. Dezember erfolgt, nachdem das Bundesgericht am 10. Dezember die Berufung seiner Anwälte gegen die Auslieferungsentscheidung abgewiesen hatte.

Die US-Justiz wirft dem Gründer der IT-Firma "M13" vor, zusammen mit mehreren Mittägern Insiderhandel in zweistelliger Millionenhöhe betrieben zu haben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61bf591a48fbef6c686a77d9.jpg>

snanews.de: **Russlands Außenministerium wirft Nato Doppelstandards vor**

Die Nato fordert von Russland, seine Truppen von der Grenze zur Ukraine abzuziehen, fühlt sich aber laut dem stellvertretenden russischen Außenminister Alexander Gruschko berechtigt, ihr eigenes Militär an den russischen Grenzen zu lassen.

Gruschko zufolge glaubt die Nato, sie könne fordern, dass Moskau seine Truppen von den Grenzen abzieht, die Tausende von Kilometern von den Grenzen der Nato entfernt seien.

Wenn Russland aber seinerseits auch fordere, dass die Nato ihre Militärs von den russischen Grenzen abziehe, „gibt die Nato vor, sehr beleidigt zu sein, weil das Bündnis rein defensiv und ein Club demokratischer Staaten sei“, sagte Gruschko.

Gleichzeitig betonte er, dass die Erklärung der EU, europäische Sicherheitsfragen in den bereits bestehenden Formaten zu besprechen, bedeute, dass die EU im Bereich der militärischen Sicherheit unter der vollen Kontrolle der Nato stehe.

„Heute finden die Ambitionen (der EU – Anm.d.Red.), eine unabhängige militärisch-politische Rolle zu spielen und weniger unabhängig von den Vereinigten Staaten zu werden, keine praktische Umsetzung“, so Gruschko.

Am Freitag hatte der Kreml den Entwurf eines Abkommens zwischen Russland, den Vereinigten Staaten und der Nato über Sicherheitsgarantien vorgelegt. Zu den Vorschlägen gehört auch das Verbot der weiteren Nato-Osterweiterung. Auch die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen in Schlagdistanz zum Territorium der jeweils anderen Seite soll den USA und Russland dem Entwurf zufolge untersagt werden.

Moskau hatte zuvor betont, die Entscheidung der Nato-Staaten beim Bukarest-Gipfel 2008, laut der der Ukraine und Georgien der Nato-Beitritt in Aussicht gestellt wurde, solle offiziell zurückgenommen werden, weil sie im Widerspruch zu der Verpflichtung der OSZE-Teilnehmerstaaten stehe, ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/12/1757005_0:0:3112:1751_1920x0_80_0_0_eb600a0d1fd82a9e787b20cce23b8015.jpg

vormittags:

lug-info.com: **Gratulation des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik zum Tag der Mitarbeiter der Staatssicherheitsorgane**

Sehr geehrte Genossen, Kollegen, Veteranen!

Ich gratuliere zum Berufsfeiertag!

Der Staatssicherheitsministerium ist für die Lugansker Volksrepublik ein zuverlässiger Schutz gegen alle möglichen äußeren und inneren Gefahren, Sabotagetätigkeit und ständige Provokationen des Gegners.

In den Reihen der Mitarbeiter des Ministeriums sind Menschen, die über die außerordentliche Fähigkeit verfügen, operativ wichtige Entscheidungen zu treffen, sachkundig dem Feind Widerstand zu leisten, standhaft und mutig die Ruhe der Einwohner der Republik zu behüten. Ich bin überzeugt, dass Sie auch in Zukunft würdig die friedliche Gegenwart und Zukunft des Vaterlands schützen werden.

Ich danke für den Dienst!

Ich wünsche Erfolge, Weisheit, Gesundheit und das Wichtigste – Unterstützung und Liebe von Verwandten!

de.rt.com: **Chiles Linke gewinnt mit Gabriel Boric die Präsidentschaftswahl: Se abrirán las grandes alamedas**

Bei der Stichwahl um das Präsidentenamt in Chile hat sich der linksgerichtete Abgeordnete Gabriel Boric gegen den rechtskonservativen Politiker José Antonio Kast durchgesetzt. Der Amtsantritt des neuen Staatsschefs ist für März vorgesehen.

Der frühere Studentenführer Gabriel Boric ist mit 35 Jahren zum jüngsten Präsidenten in der Geschichte Chiles gewählt worden. Der Kandidat des linken Wahlbündnisses "Apruebo Dignidad" (Ich stimme der Würde zu) kam in der Stichwahl am Sonntag (Ortszeit) auf knapp 56 Prozent. Der deutschstämmige Rechtspopulist José Antonio Kast erhielt gut 44 Prozent der Stimmen und gratulierte seinem Konkurrenten zum Sieg. Die Wahl galt aufgrund der gewaltigen politischen Kluft zwischen beiden Kandidaten als Zäsur, vielen sogar als wichtigste Wahl seit Chiles Rückkehr zur Demokratie 1990.

Boric, der aus Punta Arenas an der Südspitze des Landes stammt, hatte 2011 die Studentenproteste in Chile angeführt und war 2013 zum Abgeordneten gewählt worden. Im ersten Wahlgang vor vier Wochen belegte er knapp hinter Kast Platz zwei. Mit ihm kommt

auch eine neue politische Generation in den Präsidentenpalast: Boric steht für eine wiederbelebte progressive Linke, die vor allem seit 2019 stark gewachsen ist. Unter seiner Führung dürfte das Land den eingeschlagenen Kurs gesellschaftlicher Öffnung beibehalten. Tausende feierten, angezogen von seiner ersten Rede, auf der Hauptverkehrsstraße Alameda in der Hauptstadt Santiago de Chile und in anderen Städten des südamerikanischen Landes. Boric versicherte seinen Landsleuten, er wolle die im Wahlkampf offen zutage getretenen Gräben zwischen Rechts und Links überbrücken:

"Ich werde der Präsident aller Chileninnen und Chilenen sein."

Boric hat ein öffentliches Bildungswesen und bessere Gesundheitsversorgung nach dem Vorbild des europäischen Sozialstaats versprochen. Zudem setzt er sich für die Rechte von Migranten, Indigenen und Homosexuellen ein. Sein 20 Jahre älterer Rivale Kast hingegen hatte Steuersenkungen, einen Grenzgraben gegen illegale Einwanderung und hartes Vorgehen gegen Kriminelle in Aussicht gestellt. Der neunfache Vater und strenggläubige Katholik von Chile gilt, zumindest unter neoliberal geprägten Analysten, als eine Art Musterbeispiel in der Region. Das Land hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Südamerika, die Armut konnte in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesenkt werden. Doch die soziale Schere klafft weit auseinander. Weite Teile des Gesundheits- und Bildungswesens sind privatisiert, immer mehr Chileninnen und Chilenen fühlen sich abgehängt.

Vor zwei Jahren forderten deshalb wochenlang jeden Tag Tausende von Demonstranten soziale Reformen und den Rücktritt von Präsident Sebastián Piñera. Eine ihrer wichtigsten Forderungen, die auch Boric unterstützte, konnten sie bereits durchsetzen: Derzeit arbeitet ein Konvent eine neue Verfassung aus. Der aktuelle Text stammt noch aus der Zeit der Militärdiktatur von Pinochet (1973-1990).

Insgesamt waren diesmal in Chile rund 15 Millionen Menschen wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 55 Prozent. Der Amtsantritt des neuen Staatschefs ist für März vorgesehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c0268348fbef6bd028a474.jpg>

Dnr-online.su: Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin an die Mitarbeiter der Staatssicherheitsorgane der DVR zu ihrem Berufsfeiertag

Ich gratuliere den Mitarbeitern der Staatssicherheitsorgane der Donezker Volksrepublik zu ihrem Berufsfeiertag!

Sie schützen unsere Heimat gegen innere und äußere Gefahren, verteidigen die verfassungsmäßige Ordnung und Unabhängigkeit der Republik. Ihr selbstloser Dienst und Ihre Treue zur Pflicht sind schwer zu überschätzen, Sie haben mehrfach die Fähigkeit bewiesen, die schwierigsten Aufgaben in Extremsituationen zu lösen. Sie haben mehrfach rechtzeitig verbrecherische Pläne des Gegners aufgedeckt und so Menschenleben gerettet.

Ich danke für den zuverlässigen Dienst. Nehmen sie die aufrichtigsten Wünsche für starke Gesundheit, die Erreichung beruflicher Höhen und aller gesetzten Ziele entgegen!

deu.belta.by: **Makej entlarvt Doppelzüngigkeit des Westens**

Der Westen bringt Belarus Demokratie bei, verstößt selbst aber gegen alle möglichen Normen des Völkerrechts. Das sagte Außenminister Wladimir Makej im Interview mit dem arabischen TV-Sender RT Arabic.

„Der Westen ist immer bestrebt uns zu beizubringen, demokratisch zu sein und Rechtsstaatlichkeit einzuhalten. Aber im Hinblick auf den Umgang mit den Flüchtlingen an der belarussischen Grenze zur EU haben Polen und die baltischen Staaten alle denkbaren Normen des Völkerrechts, Normen der Moral und Ethik verletzt“, betonte Wladimir Makej. Nach dem geltenden Völkerrecht hätte die EU die Asylanträge der Flüchtlinge akzeptieren und bearbeiten müssen, stattdessen habe der Westen die Migranten geprügelt, mitunter auch getötet und ihre Leichen über die Grenze zurückgeworfen.

„Der Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern gegen Frauen und Kinder bei baltischen Staaten in solchen Fällen Demokratie verkörpern“, so Makej.

Der Minister erwähnte in diesem Zusammenhang auch den polnischen Soldaten Czezko, der Belarus um Asyl gebeten hat. Der 25-Jährige habe im Interview mit den belarussischen Staatsmedien „über ungeheuerliche Geschehnisse jenseits der polnischen Grenze“ erzählt



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1639985853_59267_big.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 19. Dezember 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Peking warnt Washington: Im Falle einer Konfrontation wird China bis zum Ende kämpfen**

Mit Blick auf die globale Situation sieht der chinesische Außenminister die Welt an einem Scheideweg. Während die einen zur Mentalität des Kalten Krieges zurückkehren, verpflichten sich andere zur Zusammenarbeit. Dabei zeigte er sich kampfbereit bis zum Ende.

Der chinesische Außenminister Wang Yi teilte am Montag mit, sein Land hat keine Angst vor einer Konfrontation mit den Vereinigten Staaten. Für einen Dialog mit Washington sei Peking grundsätzlich offen, jedoch müsse dieser auf einer gleichberechtigten Ebene stattfinden:

"China würde eine Konfrontation mit den USA nicht fürchten, aber eine Zusammenarbeit begrüßen, wenn sie für beide Seiten von Vorteil ist. Wenn es zu einer Konfrontation kommt, dann wird China sie nicht fürchten und bis zum Ende kämpfen."

Der Außenminister sei davon überzeugt, dass Taiwan, welches von der Regierung Pekings als abtrünnige Provinz bezeichnet wird, letztlich wieder dem chinesischen Festland angeschlossen werde.

Er warnte andere Parteien davor, Taiwan als Köder zu missbrauchen. Die jüngsten Spannungen in der Taiwanstraße werden aus chinesischer Sicht als Versuch der USA gesehen, Taiwan zu unterstützen, um China in die Schranken zu weisen:

"Die Bedeutung des Ein-China-Prinzips droht ausgehöhlt zu werden."

Als positiv hob Wang Yi den 20. Jahrestag der Unterzeichnung des chinesisch-russischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit hervor, was die Entscheidung der beiden Länder unterstreicht, den Pakt zu verlängern. Die strategische Koordination zwischen China und Russland habe einer Welt voller Unsicherheiten Stabilität verliehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c0392a48fbef6cca2360b6.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 20. Dezember um 9:00 Uhr 21.261 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

461 Personen sind derzeit erkrankt, 17.767 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3033 Todesfälle.

deu.belta.by: **Lukaschenko gratuliert Geheimdienst KGB zum Berufstag**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat dem belarussischen Komitee für Staatssicherheit zum Tag des Mitarbeiters des Geheimdienstes gratuliert. Das teilte der Pressedienst des Staatschefs mit.

„In den schwierigsten Phasen unserer Geschichte haben die Tschekisten die Souveränität und Unabhängigkeit des Vaterlandes verteidigt und ein wahres Vorbild für Patriotismus, Tapferkeit und Mut gegeben. Sie setzen die ruhmreichen Traditionen Ihrer Vorgänger fort und widerstehen entschlossen den modernen Herausforderungen und Bedrohungen, mit denen sich unser Land heute immer öfter konfrontiert sieht. Sie setzen sich aktiv für die Erhaltung der Stabilität und der Einheit unserer Gesellschaft ein“, heißt es in der Glückwunschschaft. Der Staatschef zeigte sich zuversichtlich, dass das eingespielte und kampffähige Kollektiv des Komitees für Staatssicherheit alle ihm anvertrauten Aufgaben weiterhin mit Ehre erfüllen werde.

Der Präsident sprach den Veteranen der staatlichen Geheimdienste seinen besonderen Dank aus. „Sie verkörpern die unzerstörbare Kontinuität der Generationen. Sie liefern uns ein Beispiel für Offiziersehre und Pflichterfüllung“, sagte Alexander Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1639987098_59268_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 19. Dezember wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 35 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 7 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 13 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1077 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 748 mit Sauerstoffunterstützung (+10 in den letzten 24 Stunden).

Am 20. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 116.359 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3232 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 104.183 als gesund entlassen, es gibt 8944 Todesfälle.

snanews.de: **Forderung nach Sicherheitsgarantien: Moskau drängt auf Antwort von USA**

Russland hat von den Vereinigten Staaten eine umgehende Antwort auf seine Vorschläge für Sicherheitsgarantien gefordert, die unter anderem eine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten verhindern sollen. Der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow warnte von einer neuen Konfrontationsspirale, sollte der Vorstoß Moskaus ohne Reaktion bleiben.

Russland wolle eine sofortige Antwort, sagte Rjabkow am Montag in Moskau. „Denn die Situation ist sehr schwierig und akut – mit Tendenz zur weiteren Zuspitzung. Deshalb können wir nicht zögern und sind bereit, ab sofort Verhandlungen aufzunehmen.“

Rjabkow mutmaßte, dass die Vereinigten Staaten sich Zeit lassen und ihre Antwort an Bedingungen knüpfen würden. „Die Amerikaner werden wahrscheinlich versuchen, zusätzliche Bedingungen oder Forderungen zu stellen“, sagte der Diplomat.

Gleichzeitig schloss er eine Verbesserung der Beziehungen nicht aus, wenn Washington auf die russischen Sorgen eingehe. „Wenn sie unseren Forderungen entgegenkommen und in Verhandlungen zu den beiden Entwürfen einwilligen, dann könnten wir in diesem Bereich vorankommen.“ Sollten die Vorschläge aber ohne eine Reaktion der USA bleiben, drohe eine neue Spirale der Konfrontation, warnte Rjabkow.

Das Außenministerium in Moskau hatte Ende der vergangenen Woche Entwürfe für zwei Abkommen mit den USA und der Nato veröffentlicht. Darin geht es unter anderem darum, dass die Nato garantieren soll, dass die Ukraine nicht ins Bündnis aufgenommen wird. Außerdem sind gegenseitige Sicherheitsgarantien wie die Nichtstationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in der Reichweite voneinander vorgesehen. Beide Entwürfe wurden russischen Angaben zufolge bereits nach Washington und an dessen Verbündete geschickt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0f/4695201_0:126:3193:1922_1920x0_80_0_0_c985a1ecfae51663da2a58cad51183b8.jpg

Dnronline.su: Aus einem Interview des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin mit dem Portal ukraina.ru.

Das Interview wurde im Rahmen eines Projekts zum 30. Jahrestag der Belowesher Vereinbarungen und des Zerfalls der Sowjetunion veröffentlicht, worüber sich Politiker und gesellschaftliche Aktivisten äußerten.

- Denis Wladimirowitsch, wo waren Sie im Dezember 1991, womit befassten Sie sich?

- Zu der Zeit war ich gerade zehn Jahre alt und ging in die Schule, und damals verstand ich kaum, was geschah. Das Bewusstsein für das Ausmaß der Tragödie kam später. Ich denke, dass auch viele Erwachsene, selbst Politiker, sich vor 30 Jahren keine Gedanken über die Folgen des Zerfalls der Sowjetunion machten. Die Trägheit großer Systeme (und ein solch großes System war die UdSSR) ist recht groß. Und ich erhielt in der Schule fast all das, was meine Altersgenossen vor dem Zerfall der Union erhielten. Wir erhielten die richtigen moralischen Orientierungspunkte, die sittlichen Grundlagen, ja und die Lehrer der sowjetischen Schule vermittelten meiner Generation gutes Wissen.

Dabei gab es in den 90er Jahren Hunger – durch das Fehlen einer Planwirtschaft und der Auflösung der Produktionsverbindungen gab es Unterbrechungen, vor allem bei der Lebensmittelversorgung. Ich erinnere mich, dass wir damals unter sehr schweren Umständen lebten.

- Was meinen Sie, warum zerfiel die Sowjetunion?

- Aus meiner Sicht gab es innere und äußere Ursachen. Über dieses Thema kann man lange reden, aber das ist sinnvoll. Es ist eine Erfahrung, aus der man lernen muss. Ich meine, dass die sowjetischen Eliten Schuld haben, die eine Reihe nicht gutzumachender Fehler zuließen. Erstens gab es keinen Austausch von Kadern, für junge Leute war es fast unmöglich, auf der Kaderleiter aufzusteigen. Dies führte zu einer Trägheit des Denkens der staatlichen Leitung, Dogmatismus der Innenpolitik, so dass alles Neue und Fortschrittliche schwer durchkam.

Zweitens führte eine Unausgewogenheit in der Ökonomie dazu, dass die Verbrauchsgüter nicht reichten, sie hatten auch nicht die glänzenden Hüllen wie im Ausland. Dadurch gab es einen Kult alles „Ausländischen“, was auch äußere Akteure nutzen. Sie halfen dabei, das System zu unterminieren, setzten auf schwache Politiker, unterstützten sie, lenkten sie. Die Liste von Fehlern kann man fortsetzen.

Natürlich brauchte die Sowjetunion tiefgehende Reformen, die Menschen wollten Veränderungen. Aber im Ergebnis erhielten sie statt eines „Stillstands“ einen Zusammenbruch, und jetzt trägt selbst das Wort „Perestrojka“ einen negativen Charakter. Mit

dem Bad wurde das Kind ausgeschüttet. Das große Land ging zugrunde.

- Welche Folgen hatte der Zerfall der UdSSR Ihrer Meinung nach für ihre Völker und die Welt?

- Katastrophale. Das Schicksal des Donbass zeigt das deutlich. Millionen russischer Menschen befanden sich außerhalb des Landes, das sie als ihre Heimat betrachteten. Die Zerstörung der wirtschaftlichen Verbindungen wurde für die Ökonomie der Region fatal. Es brauchte viele Jahre, bis der Niedergang durch Entwicklung ersetzt wurde, bis die Produktionsverbindungen sich auf andere, vor allem äußere, Märkte umorientierten. Wenn man die Verluste an Bevölkerung der 15 Republiken in den 90er Jahren analysiert, so sind sie in der Mehrheit der Fälle erschreckend. Das ist eine sehr demonstrative bedauerliche Bilanz des Zerfalls der UdSSR.

Die Ereignisse bei uns im Jahr 2014 halte ich für eine Folge des Zerfalls der Sowjetunion. Die Ukraine war in deren Staatsverband nicht einfach eine Bruderrepublik, sie war eines der am meisten entwickelten Territorien des riesigen Landes, wo russische Menschen sich genauso zu Hause gefühlt haben wie St. Petersburger, Moskauer oder Krimbewohner. Die territoriale Aufteilung war eine Tragödie. Sie wurde von Feinden genutzt, die begannen in der Ukraine, vor allem der westlichen, Nationalismus großzuziehen und die ehemalige Unionsrepublik in ein antirussisches Projekt zu verwandeln.

Und jetzt ernten wir im Donbass schon seit Jahren die bitteren Früchte der wahnsinnigen Politik des offiziellen Kiew und der äußeren Akteure, die hinter ihnen stehen. Für diese äußeren Player ist der Zerfall der Sowjetunion zu wenig, sie wollen mehr – den Zerfall Russlands, den Zerfall der Ukraine, die Niederlage alles Russischen.

- Welche waren die positiven und die negativen Seiten der UdSSR?

- Teilweise habe ich auf diese Frage geantwortet – bezüglich der negativen Momente. Unter den positiven sind: Die Beziehungen unter den Menschen waren in der Sowjetunion sehr menschlich. Gegenseitige Hilfe, gegenseitige Unterstützung, Vertrauen waren weit verbreitete Erscheinungen. Die Mehrzahl der Menschen verstand nicht, warum im Westen Antidepressiva und Psychotherapeuten existieren. Ein herzliches Gespräch mit einem anderen in der Küche beseitigte die Folgen aller Erschütterungen. Alle waren überzeugt, dass sie Arbeit haben, Wohnungen und im Krankenhaus kostenlos behandelt werden. In der Armee zu dienen war eine Ehre. Und die, die „freigekauft“ wurden, wurden nicht respektiert. Selbst zu der Zeit, als ich in der Armee diente, hatte sich ein solches Verhältnis zur Armee noch gehalten.

Es gab viel Gutes. Aber wie bekannt ist, ein Löffel Teer verdirbt ein Fass Honig. Und solche Löffel gab es leider einige.

- Wie entwickelte sich Ihr Leben nach dem Zerfall der UdSSR? Was ist in dieser Zeit gelungen und was nicht? Was bedauern Sie?

- Mein Leben entwickelt sich auf verschiedene Weise, wie bei vielen. Heirat, Kinder, Arbeit. Das Jahr 2014 änderte das Schicksal eindrucksvoll und seit dem ist mein Leben mit dem Kampf für einen Russischen Donbass verbunden.

Natürlich bedauere ich den Zerfall der UdSSR. Selbst für mich, obwohl ich nicht lange in der Sowjetunion leben konnte, hat sich die Wahrnehmung der Heimat als riesiges Land erhalten und ich strebe sehr danach, dass der Donbass ihr Teil wird.

snanews.de: **Erster Gang zur Urne seit Unruhen: Wahlbeteiligung in Hongkong auf Rekordtief**

Bei der Wahl in Hongkong wurde ein neuer Negativrekord erreicht: An der ersten Parlamentswahl seit dem Inkrafttreten des chinesischen Sicherheitsgesetzes haben sich am Sonntag weniger Menschen denn je beteiligt. Nach Schließung der Wahllokale fiel die Wahlbeteiligung auf nur noch 30,2 Prozent, wie die Zeitung „South China Morning Post“ mitteilte.

Demnach gaben rund 1,35 Millionen Hongkonger ihre Stimme ab. Das Wahlergebnis soll am

Montag bekannt gegeben werden. Bei der Parlamentswahl in Hongkong vor fünf Jahren hatte die Wahlbeteiligung bei noch 58,3 Prozent gelegen.

Expertenschätzungen zufolge fiel die Wahlbeteiligung aufgrund der politischen Unzufriedenheit der Bevölkerung derart niedrig aus.

China verabschiedete Sicherheitsgesetz

Ende Juni 2020 hatte China das Sicherheitsgesetz für Hongkong verabschiedet. Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses hatte die Vorlage einstimmig angenommen. Das Dokument richtet sich in erster Linie gegen Aktivitäten, die die Führung in Peking als subversiv ansieht, sowie gegen Aufwiegelung zum Sturz der zentralen Regierung, gegen Terrorismus und ausländische Einmischung.

Es führte zu Massenprotesten, die schlagartig unterdrückt wurden. Viele Bürgerrechtler, Protestführer und Politiker landeten im Gefängnis. Andere setzten sich ins Ausland ab, um der Verfolgung zu entgehen.

Im Juli dieses Jahres verhängte ein Gericht in Hongkong erstmals ein Urteil nach dem „Sicherheitsgesetz“. Ein junger Demonstrant wurde wegen Terrorismus und der Anstiftung zum Separatismus zu neun Jahren Haft verurteilt.

Seit dem 1. Juli 1997 gehört die frühere britische Kronkolonie Hongkong wieder zu China und wird als Sonderverwaltungsregion autonom regiert. 95 Prozent der sieben Millionen Einwohner Hongkongs sind chinesischer Abstammung mit überwiegend kantonesischer Muttersprache.

Das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ wurde in der gemeinsamen Erklärung zu Hongkong vertraglich vereinbart. Inzwischen wird China allerdings vorgeworfen, diese Zusage zunehmend zu brechen, was zu anhaltenden Protesten führte. Seit der Verabschiedung des Sicherheitsgesetzes reden viele aber nur noch von „Ein Land, ein System“.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/14/4747371_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_20e6f1595d9e8af091920669dd8b78bd.jpg

nachmittags:

snanews.de: Moskau veröffentlicht Forderungen nach Sicherheitsgarantien – Bundesregierung geht auf SNA-Frage ein

Die Bundesregierung ist laut dem stellvertretenden Regierungssprecher Wolfgang Büchner neben Frankreich bereit, das Normandie-Format für die Ukraine-Krise aufzunehmen. Sie würde es begrüßen, wenn „auch Russland wieder sich an dem Normandie-Format beteiligen würde“.

Vize-Regierungssprecher Wolfgang Büchner antwortete auf der Bundespressekonferenz am Montag auf die Fragen der Journalisten nach den Sicherheitsgarantien, die das russische

Außenministerium vor einigen Tagen veröffentlicht hatte.

In den Entwürfen für zwei Abkommen mit den USA und der Nato geht es unter anderem darum, dass Letztere garantieren soll, dass die Ukraine nicht ins Bündnis aufgenommen wird. Außerdem sind gegenseitige Sicherheitsgarantien wie die Nichtstationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in der Reichweite voneinander vorgesehen. Was könnten das für Garantien aus der Sicht der Bundesregierung sein mit Blick auf die Ukraine und ihre Nato-Mitgliedschaft, stellte SNA die Frage an die Bundesregierung am Montag.

„Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine kann nur politisch gelöst werden und nicht militärisch“, antwortete Büchner darauf. Der FDP-nahe Vize-Regierungssprecher Büchner betonte nochmal, dass die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine nicht zur Disposition stehen würden. „Umso wichtiger sind jetzt ehrliche und nachhaltige Schritte von Russland zu einer Deeskalation“. Deutschland und Frankreich seien von ihrer Seite bereit, das „Normandie-Format“ aufzunehmen. Das ist eine seit 2014 geltende Kontaktgruppe auf Regierungs- und Außenministerebene zwischen Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine zu Fragen des Ukraine-Konflikts.

Keine neuen Formate für die russischen Sicherheitsbedenken willkommen?

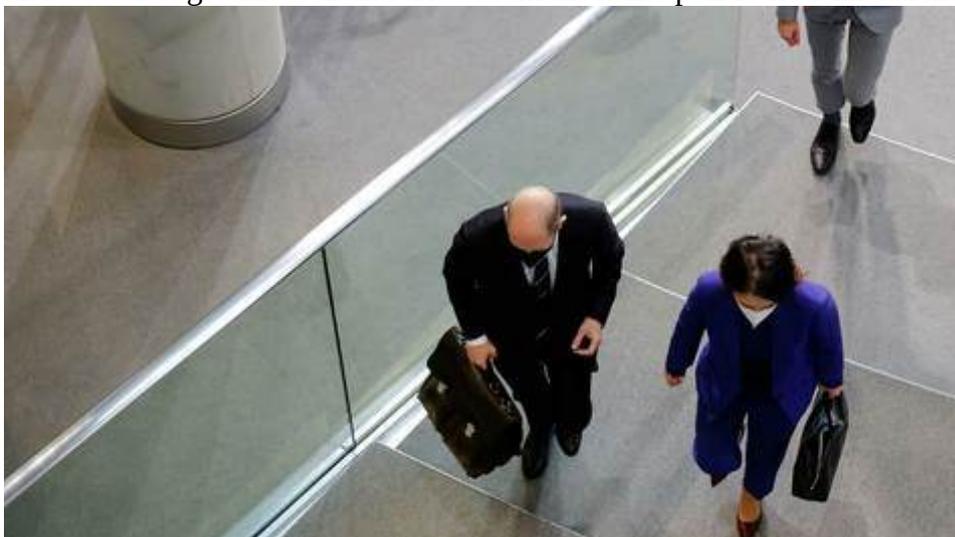
Darüber hinaus werde Deutschland die russischen Vorschläge künftig mit den Partnern in der EU und in der Nato diskutieren, fügte Büchner hinzu. Ansonsten wiederholte er die Erwartungen Berlins von Moskau in Fragen der Deeskalation, die auch im Interesse Deutschlands liege. Deutschland würde es sehr begrüßen, „wenn auch Russland wieder sich an dem ‚Normandie-Format‘ beteiligen würde“, das auf die vollständige Umsetzung des „Minsker Prozesses“ hinlaufen sollte.

Zuvor hatten mehrere ehemalige deutsche Botschafter und Militärs bei der Nato und bei der OSZE in einem offenen Brief „Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland“ eine hochrangige Nato-Russland Sicherheitskonferenz in der Tradition des KSZE-Prozesses vorgeschlagen, möglicherweise für zwei Jahre.

Der ehemalige Russland-Beauftragte Gernot Erler (SPD) hat die Idee ebenfalls unterstützt. Alle gegenseitigen Drohgebärden müssten dann für die Dauer der Konferenz eingefroren werden, hieß es im Vorschlag. Was hält Bundeskanzler Olaf Scholz von der Idee, fragte SNA weiter. Auch hier fiel die Antwort nicht neu aus.

„Es gibt ein etabliertes Format, das ‚Normandie-Format‘. Es gibt die Möglichkeit, dort Gespräche zu führen und alle Themen wiederaufzunehmen. Das ist im Moment das vorrangige Ziel der Bundesregierung und ihrer Partner international“, so Büchner.

Zu Nord Stream 2 wiederholte er die unveränderte Position von Kanzler Scholz: Man halte die Gaspipeline weiterhin um ein privatwirtschaftliches Vorhaben, das weitgehend abgeschlossen sei. Das Verwaltungsverfahren werde durch die Bundesnetzagentur nach Recht und Gesetz abgeschlossen und habe ebenfalls keine politische Dimension.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/14/4751308_0:73:3071:1800_1920x0_80_0_0_68b80dbdfd3c4f688f79be9dd545c1b4.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 20.12.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden keine **Verletzungen des Komplexes von**

Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Besatzer aus der 30. mechanisierten Brigade in **Richtung Gorlowka** von den Positionen in der Nähe von Nowoluganskoje **Bajrak** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und 12 Granaten abgefeuert.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer sieben Stück **Militärtechnik in ukrainisch kontrollierten Ortschaften stationiert**: ein Schützenpanzerwagen im Gebiet von Nowokalinowoje aus dem Bestand der 95.

Luftsturmbrigade, zwei Schützenpanzer in der Nähe von Tschermalyk aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade, ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug und drei Schützenpanzer im Gebiet von Talakowka aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade.

Um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Bogdanowka durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner eine Station der elektronische Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen zu blockieren.

Wir stellen weiter **Fälle nicht kampfbedingter Verluste unter den ukrainischen Kämpfern** in der OOS-Zone fest. Nach uns vorliegenden Informationen ereignete sich ein Vorfall mit Verletzung von Personal in einer der Einheiten der 36. Brigade. Am 18. Dezember erlitten zwei Kämpfer der Brigade unterschiedlich schwere Verletzungen infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit Sprengstoffen und der Detonation einer selbstgebauten Sprengeinrichtung bei deren Anbringen an eine Drohne.

Die Verletzung von Kämpfern stellte das Brigadekommando als Ergebnis von Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR dar.

Es ist wichtig anzumerken, dass gemäß den offiziellen Angaben des Stabs der OOS an diesem Tag nur ein Kämpfer verletzt wurde, über das Schicksal des zweiten zog das Kommando der ukrainischen Besatzungskräfte vor zu schweigen.

Außer nicht kampfbedingten Verlusten infolge von Verletzungen von Sicherheitsbestimmungen blühen in den Einheiten der ukrainischen Besatzungskräfte nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen, die oft zu neuen Verletzungen unter dem Personal führen. Gestern verprügelte im 37. Panzergrenadierbataillon der 56. Brigade der für Technik zuständige stellvertretende Bataillonskommandeur den Soldaten Schewtschenko. Motiv für die Schläge war der Verdacht, dass Schewtschenko am Diebstahl von zuvor von einem Ural-Lastwagen verschwundenen 14 Akkumulatoren beteiligt war.

Der Betroffene befindet sich mit einem Kieferbruch und weiteren Körperverletzungen in einer Einrichtung auf dem Gebiet eines Parkplatzes des Bataillons, wo er mit Schmerzmitteln medizinisch behandelt wird.

Die ukrainischen Kämpfer nutzen weiter den Aufenthalt in der Zone der Strafoperation zur persönlichen Bereicherung. So haben gestern Mitarbeiter der Nationalpolizei in der Nähe von Starognatowka vier Kämpfer der 53. Brigade festgenommen, die von einer Polizeipatrouille beim Fällen von Nadelbäumen ertappt worden waren. Nach den Worten der Festgenommenen wurden die gefällten Bäume auf Weihnachtsmärkte in Wolnowacha gebracht und das Fällen selbst erfolgte auf Befehl des Kommandeurs eines Panzergrenadierbataillons. Inzwischen wurden die festgenommenen Kämpfer Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes übergeben und ihr Kommandeur wurde zur Vernehmung einbestellt.

deu.belta.by: **Makej: Belarus baut diplomatische Präsenz in der EU ab**

Belarus wird seine diplomatische Präsenz in Westeuropa erheblich reduzieren und in der GUS, in China und im fernen Ausland verstärken. Das erklärte Außenminister Wladimir Makej heute vor Journalisten im Anschluss an sein Arbeitsgespräch mit dem belarussischen Präsidenten.

„Wir reduzieren unsere diplomatische Präsenz in den europäischen Ländern erheblich. Ich meine damit nicht die Schließung von Botschaften und Auslandsstellen. Wir bauen zwar die Zahl der Mitarbeiter ab, verlegen sie aber größtenteils in andere Länder, wo sie mehr gebraucht werden, z.B. in die GUS. In einigen Botschaften bauen wir die Kapazitäten aus und stärken unsere Präsenz in weit entlegenen Staaten, den sogenannten Staaten des „weiten Bogens“, sagte der Leiter des Außenministeriums.

Ihm zufolge baut Belarus seine diplomatische Präsenz in jenen Staaten aus, die Belarus für strategisch wichtige Partner hält, zum Beispiel China und Indien. „Wir denken über die Eröffnung neuer Botschaften in Afrika und in den Ländern nach, wo Belarus seine Waren gut verkaufen kann“, sagte der Minister.

Zu den Gründen für die geplante Umstrukturierung sagte Makej: „Die Situation rund um Belarus hat sich stark verändert, die Welt insgesamt verändert sich radikal, es entstehen immer neue Herausforderungen und Bedrohungen, auf die auch unser Land zu reagieren hat. Auf Belarus wird ein ernsthafter Sanktionsdruck ausgeübt. Er wirkt sich auch auf die Arbeit des Außenministeriums und seiner Außenstellen aus. Wir stellen leider fest, dass der Austausch zwischen unseren Botschaften und den Außenministerien jener Staaten, wo wir akkreditiert sind, nicht mehr wie früher funktioniert. Das betrifft in erster Linie Westeuropa. Gleichzeitig ist es notwendig, unsere Aktivitäten an den anderen Flanken zu verstärken.“ Geplant sind auch Veränderungen in der Struktur der Zentralstelle des Außenministeriums, um die Außenwirtschafts- und Informationstätigkeit des Ministeriums zu stärken. In Kürze wird ein Ressort China eingerichtet – er wird sich auf die Zusammenarbeit mit Wirtschafts-, Handels- und Strategiepartner von Belarus konzentrieren.

Alexander Lukaschenko hat mehrere Optimierungsvorschläge für die Arbeit des Außenministeriums und seiner Auslandsvertretungen genehmigt. Die Optimierung betraf auch die Ernennung neuer Botschaftsleiter. Alle geplanten Änderungen werden so bald wie möglich durchgeführt.

Die Forderungen an alle Diplomaten bleiben trotz aktueller Turbulenzen dieselben: Professionalität, Loyalität, Pflichttreue, Vaterlandstreue und Engagement für Staatsaufgaben.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1640002789_59273_big.jpg

snanews.de: **Russlands Außenministerium bestellt deutschen Botschafter ein – zwei Diplomaten ausgewiesen**

Als Antwort auf die Ausweisung von zwei russischen Diplomaten aus Deutschland in der vergangenen Woche weist Russland nach Angaben des Außenministeriums in Moskau nun zwei deutsche Diplomaten aus.

Das russische Außenministerium hat am Montag den deutschen Botschafter in Moskau, Géza Andreas von Geyr, einbestellt. Ihm ist wegen der Ausweisung von zwei russischen Diplomaten aus Deutschland ein Protest ausgesprochen worden.

„Der deutsche Botschafter wurde über die Erklärung zu Persona non grata von zwei diplomatischen Mitarbeitern der deutschen Botschaft in Russland als symmetrische Reaktion auf die unfreundliche Entscheidung der deutschen Regierung informiert“, teilte das russische Außenministerium mit. Die russische Seite werde „auf mögliche konfrontative Angriffe Berlins in Zukunft immer in angemessener Weise reagieren“, hieß es weiter.

Das Auswärtige Amt in Berlin kritisierte die Entscheidung. „Dieser Schritt kommt nicht überraschend, ist aus Sicht der Bundesregierung jedoch vollkommen unbegründet“, hieß es in einer Mitteilung.

Das Berliner Kammergericht hat am Mittwoch den 56-jährigen Russen Wadim Sokolow (Krasikow) des Mordes an Selimchan Changoschwili schuldig gesprochen und ihn zu einer lebenslangen Haft verurteilt. Die Staatsanwaltschaft, welche einen Mord auf Anweisung „von staatlichen Stellen der Regierung der Russischen Föderation“ vermutete, forderte für den Angeklagten eine lebenslange Freiheitsstrafe. Die Verteidigung bestand ihrerseits darauf, dass die Beweisgrundlage unzureichend sei. Die Entscheidung über die Berufung sei bisher noch nicht getroffen worden.

Daraufhin gab die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bekannt, dass zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft in Deutschland zu „unerwünschten Personen“ erklärt worden seien. Dies sei eine „Konsequenz“ aus dem Urteil im Tiergartenmord-Prozess. Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, sei außerdem einbestellt worden.

Die russische Botschaft in Berlin protestierte gegen die Entscheidung des Bundesaußenministeriums, bezeichnete sie als unmotiviert und versprach ebenfalls eine angemessene Reaktion auf den „offensichtlich unfreundlichen Schritt“.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gab danach in ihrem Telegram-Kanal bekannt, dass Moskau den Schritt nicht „ohne eine angemessene Antwort“ lassen werde.

Hintergrund

Im August 2019 wurde der 40-jährige Changoschwili im Berliner Tiergarten erschossen. Der Verdächtige ist der russische Staatsbürger Wadim Sokolow. Sein bürgerlicher Name ist den deutschen Ermittlungen zufolge Wadim Krasikow. Der mutmaßliche Killer soll mit einem Fahrrad an Changoschwili herangefahren sein und ihn aus einer Pistole Glock 26 mit einem Schalldämpfer erschossen haben. Er starb auf der Stelle. Die Anhörungen zu diesem Fall begannen 2020 in Berlin.

Changoschwili soll nach Informationen der russischen Sicherheitsbehörden an der Vorbereitung der Terroranschläge in der Moskauer U-Bahn und in der Schule von Beslan im Jahr 2004 beteiligt gewesen sein. Seine Auslieferung hatte Deutschland informell abgelehnt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/10/1741786_0:44:2730:1580_1920x0_80_0_0_233998e07209c66db1e40d1674c1e381.jpg

Dan-news.info: Mehr als 275.000 Bürger der DVR wurden bereits gegen die Coronavirusinfektion geimpft, teilte das Gesundheitsministerium der Republik mit.

snanews.de: **Borrell: Russland erfüllt seine Verpflichtungen zu Gaslieferung, aber...**

Laut dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, ist die Außenpolitik Russlands derzeit das Thema Nummer eins der EU-Tagesordnung. Der Politiker hat die Weigerung Russlands, die aktuellen Gaslieferungen nach Europa zu erhöhen, als Mittel zum Druck auf die Europäische Union bezeichnet.

Borrell, der als vehementer Unterstützer der ukrainischen Seite im Konflikt mit Russland gilt, warf in seinem Blog erneut das Thema der Krisen in der Ukraine und in Belarus auf. Diese, so der EU-Politiker, entwickelten sich vor dem Hintergrund der großen Spannungen mit Russland und „vor dem Hintergrund außergewöhnlich hoher Energiepreise“.

In seinem Twitter-Profil verwies Borrell in diesem Zusammenhang auf die „neuen Bedrohungen“, denen die EU momentan ausgesetzt sei, nämlich „hybride Taktiken, Machtpolitik, Einschüchterung und Desinformation“. Ihm zufolge stehen Schicksale einzelner Länder und Gesellschaften auf dem Spiel – „aber auch die übergeordneten Prinzipien der europäischen Sicherheitsordnung“.

„Wir müssen klar und entschlossen auf offene Machtdemonstrationen in der östlichen Nachbarschaft und anderswo reagieren. Sie erinnern uns daran, dass wir uns mit Mitteln zum Handeln ausrüsten müssen“, schreibt Borrell in seinem Blog.

„Mittel, um Druck auf die EU auszuüben“

Laut dem EU-Politiker sind die Gaspreise allein im Dezember um rund 40 Prozent gestiegen. Jede Diskussion über Russland, Ukraine und Belarus umfasse, so der EU-Vertreter weiter, „eine Energiedimension“, da 40 Prozent der EU-Gasimporte aus Russland überwiegend über drei Transitrouten kämen – nämlich die Ukraine, Belarus und die Ostsee.

Nach Borrells Ansicht hat Russland Energie als „Instrument zur politischen Einflussnahme“ eingesetzt. Um dem Nachdruck zu verleihen, führte er die Situation mit Moldawien ins Feld, als es im November wegen der Probleme mit der rechtzeitigen Überweisung von Zahlungen beinahe zur Unterbrechung der Gasversorgung zwischen dem russischen Gaskonzern Gazprom und der Republik gekommen wäre.

„Und obwohl es (Russland – Anm. d. Red.) streng genommen seine Verpflichtungen zur Gaslieferung einhält, betrachten viele in der aktuellen Weigerung, das Exportvolumen nach Europa zu erhöhen oder Gazprom-eigene Speicher wieder aufzufüllen, als Mittel, um Druck auf die EU auszuüben und insbesondere die behördliche Genehmigung von Nord Stream 2 sicherzustellen“, erklärte Borrell weiter.

Dieses Projekt gelte bei der EU-Kommission nicht als prioritär und müsse den Anforderungen der europäischen Regulierung Genüge tun, schreibt der EU-Politiker und erklärt, dass es weiterhin zur Diskussion stehen werde.

Solidarität, so Borrell, sei keine Einbahnstraße, und „niemand kann seine eigene Sicherheit erhöhen, ohne die Sicherheit der gesamten Union zu berücksichtigen“.

Worte reichen nicht aus, „um das Kalkül der russischen Führung zu ändern“

In Bezug auf die Spannungen um die Ukraine erklärte Borrell, dass jedes Vorgehen Russlands gegen das Land „mit militärischen oder hybriden Mitteln“ schwerwiegende Folgen haben werde.

„Wir wissen, dass Worte <...> allein nicht ausreichen, um das Kalkül der russischen Führung zu ändern“, schreibt er.

Deshalb sei es umso wichtiger, dass die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen haben, bestehende Wirtschaftssanktionen zu verlängern und davor zu warnen, dass jeder russische Schritt gegen die Ukraine schwerwiegende Folgen haben werde, betonte Borrell. Ihm zufolge funktioniert Diplomatie am besten, wenn sie in Partnerschaft mit anderen geschehe. „Aus diesem Grund stehen wir in ständigem und engem Kontakt mit den USA und anderen gleichgesinnten Partnern, einschließlich der G7-Außenminister, um eine gemeinsame Botschaft der Unterstützung für die Ukraine zu übermitteln und weitere russische Maßnahmen abzuschrecken“, so Borrell abschließend.

Nord Stream 2

Die Ostsee-Pipeline ist im September fertiggestellt worden. Künftig sollen durch die Leitung jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas von Russland nach Deutschland fließen. Über die Betriebserlaubnis muss die Bundesnetzagentur entscheiden.

Moskau betonte seinerseits bereits mehrmals, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles Projekt darstelle, das sowohl für Russland als auch für die EU Vorteile habe und nicht politisiert werden sollte.

Spannungen zwischen Russland und dem Westen

Bei der Ukraine und dem Westen läuten in der letzten Zeit wegen einer angeblichen Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze die Alarmglocken. Demnach soll Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen haben.

Befürchtet wird, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat mehrmals in diesem Zusammenhang erklärt, Moskau habe keine aggressiven Pläne, und dem Westen vorgeworfen, Russland international zu „dämonisieren“. Das Land bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen, so der Politiker.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte zuvor auf die gefährlichen Versuche der Nato-Staaten verwiesen, das ukrainische Territorium „aktiv“ zu erschließen und ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen, was die Sicherheit Russlands gefährde.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/03/18/1421986_0:0:3037:1708_1920x0_80_0_0_caac089b3e6bad8c8806acdcc9f4f42e.jpg

de.rt.com: **EU-Chefdiplomat warnt davor, Brüssel von Sicherheitsgesprächen mit Russland auszuschließen**

Angesichts der Bemühungen um eine Entschärfung der Konfrontation zwischen Russland und den NATO-Staaten, vor allem den Vereinigten Staaten, befürchtet die Europäische Union, außen vor gelassen zu werden. Der Staatenblock müsse ein "integraler Bestandteil" dieser Gespräche sein.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat behauptet, dass die russische Regierung versuchen könnte, die Europäische Union (EU) von den Gesprächen mit den Vereinigten Staaten über Sicherheitsgarantien auszuschließen. Am Sonntag schrieb er in seinem Blog: "Die endgültigen Absichten Russlands sind nicht klar, außer dass es versucht, die Ukraine zu bedrohen und zu schwächen. Es können verschiedene Szenarien entstehen. ... Wir können nicht ausschließen, dass Russland diese Krise als Druckmittel für sein erklärtes Ziel nutzen will, den Sicherheitsrahmen in Europa neu zu gestalten und dabei auch die Europäer von den Diskussionen auszuschließen."

Er betonte, dass jede mögliche russische Aktion gegen die Ukraine und ihre Souveränität schwerwiegende Folgen haben würde und äußerte die Hoffnung, dass die USA nicht zulassen werden, dass Brüssel von den Sicherheitsgesprächen ausgeschlossen wird. Der EU-Chefdiplomat betonte:

"Die EU muss natürlich bei jeder Diskussion über die europäische Sicherheitsarchitektur mit am Tisch sitzen. Das russische Außenministerium hat am Freitag einen Entwurf für einen Vorschlag über Sicherheitsgarantien zwischen Russland und den USA sowie den europäischen NATO-Mitgliedern veröffentlicht. Es ist klar, dass die EU ein integraler Bestandteil solcher Diskussionen sein muss."

Er erinnerte an die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris sowie an die Mechanismen und Regeln der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die laut Borrell bei Gesprächen mit Russland über Sicherheitsfragen genutzt werden müssten.

Am Freitag hatte Russland zwei Vorschläge von Abkommen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten bzw. der NATO über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Die Vorschläge würden, sofern sie angenommen werden, unter anderem der NATO eine Erweiterung in Osteuropa untersagen und den USA und Russland die Stationierung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in Reichweite zum Territorium des jeweils anderen Landes verbieten. Die deutsche Bundesministerin der Verteidigung Christine Lambrecht erklärte am Sonntag, dass die NATO die russischen Vorschläge zu den Sicherheitsgarantien in dieser Woche diskutieren werde.

Borrell erklärte in seinem Blog am Sonntag zudem, dass er den sogenannten Strategischen Kompass, also die neue Verteidigungsstrategie der EU, überarbeiten und nächsten Monat eine neue Version vorlegen werde:

"Ich werde im Januar beim informellen Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister in Brest eine aktualisierte Version des Strategischen Kompasses vorlegen, damit er im März verabschiedet werden kann."

Er betonte, dass die EU "dringend ihre Handlungsfähigkeit und ihre Mittel im Bereich der Sicherheit verbessern muss".

In den letzten Wochen haben sich die Spannungen zwischen Moskau und den westlichen Staaten um die Frage der Sicherheit verschärft, nachdem die NATO-Staaten Russland vorwarfen, Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze als Vorbereitung für eine angebliche Invasion zu stationieren.

Moskau wies diese Anschuldigungen wiederholt scharf zurück und verwies seinerseits auf die militärischen Aktivitäten der NATO in der Nähe der russischen Grenzen, die Russland als Bedrohung seiner nationalen Sicherheit ansieht. Russland erklärte zudem, dass es das Recht habe, Truppen innerhalb seines eigenen Territoriums zu verlegen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c07bf4b480cc41d636c535.jpeg>

Wpered.su: **Boris Litwinow nahm am 15. Forum der Weltvereinigung für politische Ökonomie teil**

Am 18. und 19. Dezember fand das 15. Forum der Weltvereinigung für politische Ökonomie statt. Die Veranstaltung wurde von der Griechischen Vereinigung für politische Ökonomie und der Shanghaier Universität für internationale Forschungen organisiert, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Thema des Forums war die Erforschung von Widersprüchen zwischen zwei grundlegenden alternativen Traditionen in der ökonomischen Analyse – der politischen Ökonomie und „Economics“. Ziel der Veranstaltung ist es, politische Ökonomie und „Economics“, ihre Positionen in den Bereichen der ökonomischen Analyse, der Politik, der sozialen Beziehungen und der zwischenstaatlichen Beziehungen, gegenüberzustellen.

Nach Meinung der Teilnehmer versteht „Economics“ die Ökonomie einfach als Marktbeziehungen, vernachlässigt die sozialen und politischen Faktoren sowie den Klassenkampf. „Economics“ unterstützt fast offen das Kapital gegen die Arbeiterklasse, begreift nicht, wie die Ökonomie funktioniert, stellt keine richtige Prognose und wirkt nicht ökonomischen Krisen entgegen.

Auf der anderen Seite sieht die politische Ökonomie ein soziales Verständnis der Ökonomie vor, sie fokussiert sich auf den Bereich der Produktion und verbindet ökonomische Analyse mit sozialen und politischen Faktoren und dem Klassenkampf. Die politische Ökonomie war

und ist erfolgreicher im Verständnis der tatsächlichen Funktionsweise der Ökonomie und der Analyse ökonomischer Krisen.

Die Erörterung fand in 23 Bereichen statt. Zum Thema „Weltökonomie: Globalisierung oder Imperialismus? Internationale Konflikte und Imperialismus“ schlugen die Organisatoren einem der aktiven Beteiligten der Ereignisse im Donbass nach dem Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014, dem Autor des Aktes und der Deklaration der Ausrufung der DVR, dem Leiter des allgemeinen Referendums, dem Mitglied der ersten Regierung der DVR, dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets der DVR und Erstem Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow online einen Beitrag zu halten.

Boris Litwinow hielt ein Referat „Imperialismus und Faschisierung der Ukraine – Faktoren für die Gründung der Donezker und der Lugansker Volksrepublik“. Die Veranstalter und Teilnehmer des Forums schätzten das Referat hoch ein. Die Voraussetzungen, Ursachen und Methoden der Bildung der Volksrepubliken zeigen überzeugend die Richtigkeit ihrer Handlungen und den Willen der Völker des Donbass im Kampf für ihre Überzeugungen, die historische Wahl und die Entwicklungsrichtungen der weiteren Handlungen sowohl im Donezker Land als auch im postsowjetischen Raum.

Das Referat Boris Litwinows wird auf „Wperjod“ veröffentlicht werden.

snanews.de: **Angriff auf Weißrusslands Botschaft in London: Britischer Botschafter in Minsk einbestellt**

Nach dem Angriff auf die weißrussische Botschaft in London am Sonntag, bei dem ein Diplomat ernsthaft verletzt wurde, hat das Außenministerium in Minsk den britischen interimistischen Geschäftsträger einbestellt. Dies teilte die Pressestelle des Ministeriums am Montag mit.

Eine Gruppe unbekannter radikal gestimmter Täter hat am 19. Dezember zunächst die Fassade der weißrussischen Botschaft beschädigt und dann die vor Ort angekommenen weißrussischen Diplomaten angegriffen. „Einer von ihnen wurde schwer verletzt und musste dringend medizinisch behandelt werden. Bei ihm wurden in einer Gesundheitseinrichtung ein Nasenbruch, eine leichte Gehirnerschütterung und ein traumatischer Zahnbruch diagnostiziert“, teilte das Außenministerium in Minsk mit.

Als die Polizei eingetroffen sei, hätten die Radikalen versucht zu fliehen. Einige seien trotzdem festgenommen worden. Sie seien vermutlich Mitglieder einer radikalen Emigrantengruppierung.

Das weißrussische Außenministerium äußerte einen Protest und forderte „eine sorgfältige Ermittlung durchzuführen, die Täter vor Gericht zu stellen und die weißrussische Seite über den Fortschritt der Verfahrensmaßnahmen und deren Ergebnisse zu informieren“, hieß es. Der Pressedienst nannte den Vorfall „einen versuchten Akt von Gewalt an denjenigen Personen, die pflichtgemäß die Interessen der weißrussischen Bürger schützen und sich für die Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen einsetzen“. Dies demonstriere „das wahre Gesicht und die Aktionsmethoden der Fanatiker, die eine Reihe von Ländern des kollektiven Westens beharrlich als friedliche Demonstranten ausgeben wollen“, so das weißrussische Außenamt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/14/4753853_0:0:3061:1722_1920x0_80_0_0_8c07a0359fbe5104ba0fd2d0ce52faf9.jpg

snanews.de: **Nordosten Syriens – Syrische Soldaten und Dorfbewohner blockieren US-Kolonne**

Laut Medienberichten ist einer Kolonne des amerikanischen Militärs die Zufahrt zur Siedlung Tel Sahab in der syrischen Provinz al-Hasaka verwehrt worden. Soldaten der syrischen Regierungstruppen haben gemeinsam mit Dorfbewohnern den Zufahrtsweg zu der Siedlung versperrt. Die syrische Regierung hatte die US-Präsenz im Land immer wieder verurteilt. Laut der Nachrichtenagentur SANA haben Einwohner von Tel Sahab gemeinsam mit syrischen Soldaten, die an der Zufahrt zu der Siedlung stationiert sind, eine aus fünf gepanzerten Fahrzeugen bestehende Patrouille des US-Militärs angehalten und ihr den Weg zur Weiterfahrt versperrt. Die Dorfbewohner sollen die Kolonne mit Steinen beworfen haben. Das amerikanische Militär hält sich unrechtmäßig im Norden und Nordosten Syriens auf. Es patrouilliert dort Gebiete mit großen Öl- und Gaslagerstätten. Die syrische Regierung bezeichnete die Präsenz der USA auf syrischem Boden wiederholt als Okkupation und Staatspiraterie, die dem Ziel diene, die syrischen Öl- und Gasvorkommen ungeniert auszuplündern.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/09/3888500_0:62:1280:782_1920x0_80_0_0_546d9b200f6d94a18576e74d485d0291.jpg

snanews.de: **Sicherheitsangebot oder militärische Schritte – Russischer Spitzendiplomat über Vorschlag an Nato**

Mit Russland über Sicherheitsgarantien zu verhandeln, ist laut dem russischen Chefunterhändler bei den Rüstungskontrollgesprächen in Wien, Konstantin Gawrilow, unumgänglich. Denn die Alternative dazu sei eine weitere Eskalation der ohnehin zugespitzten Sicherheitslage in Europa – bis hin zu militärischen Schritten. Die Vereinigten Staaten werden mit Russland über Sicherheitsgarantien „wohl oder übel“ reden müssen, sagte der russische Spitzendiplomat in einem Fernsehinterview am heutigen Montag:

„Es muss ein ernstes Gespräch geben, und alle in der Nato verstehen es sehr gut, dass trotz aller Kraft und Macht konkrete politische Maßnahmen zu ergreifen sind. Anderenfalls ist die Alternative: eine militärtechnische oder militärische Reaktion Russlands.“

Es müsse einen engen Kontakt mit den Amerikanern geben. Und ob die USA es wollten oder nicht: „sie werden einen Dialog eingehen und Russlands konkrete Vorschläge diskutieren müssen“. Denn die Alternative dazu seien – dies habe das russische Außenministerium bereits klargemacht – militärtechnische oder militärische Schritte „oder aber die Schaffung neuer Gegenbedrohungen für die Länder der Nato.“

Zwei Wege der Nato

Angesichts der derzeitigen Spannungen zwischen der Nato und Russland hatte der russische Vize-Außenminister Alexander Gruschko erklärt, dem Westen böten sich zwei Wege: die russischen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien in Europa ernst nehmen oder sich mit einer militärtechnischen Alternative konfrontiert sehen

Das Außenministerium in Moskau hatte am vergangenen Freitag Entwürfe von Sicherheitsverträgen an die USA und die Nato gerichtet. Die vorläufigen Dokumente enthalten Sicherheitsgarantien, wonach die nordatlantische Allianz fortan auf die Erweiterung in den Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten soll. Damit einhergehend soll das westliche Militärbündnis auch seine militärischen Aktivitäten in Osteuropa, in der Ukraine, im Südkaukasus sowie in Zentralasien einstellen. Diese Vorschläge nicht zu beachten, könnte laut dem russischen Außenministerium zu einer erneuten Zuspitzung der momentanen Konfrontation führen.

Westliche Staats- und Regierungschef sowie die Führung der nordatlantischen Allianz werfen Moskau nahezu täglich vor, Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammenzuziehen und eine Invasion des Nachbarlandes vorzubereiten. Die russische Regierung beharrt ihrerseits auf der Berücksichtigung russischer Sicherheitsinteressen. Meldungen über vermeintliche Invasionspläne seien für die Nato nur ein Vorwand zur Stationierung weiterer Truppenkontingente in der Nähe russischer Grenzen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/12/4736706_0:271:3076:2001_1920x0_80_0_0_d4b68d80c1b033f4bdbf4fa6e37c01d0.jpg

abends:

wpered.su: **Die KPRF schickte den 93. humanitären Konvoi in den Donbass**

Heute, am 20. Dezember, entsandten das ZK der KPRF und der Allrussische Stab der Protestbewegung unter Leitung des Vorsitzenden der KPRF G.A. Sjuganow und des stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPRF W.I. Kaschin den 93. humanitären Konvoi mit Neujahrgeschenken für die Kinder der Donezker und der Lugansker Volksrepublik traditionsgemäß vom Platz der Lenin-Sowchose bei Moskau. Vor den Versammelten sprach der Vorsitzende des ZK der KPRF G.A. Sjuganow, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

„Freunde! Ich gratuliere Ihnen nicht nur einfach zum bevorstehenden Neuen Jahr, sondern im Namen der Volkspatriotischen Kräfte und unseres Stabs, den Wladimir Iwanowitsch Kaschin leitet, will ich allen danken, die an der Bildung des 93. humanitären Konvois in den Donbass teilgenommen haben. Das ist einer der größten und beeindruckendsten Konvois, unser Geschenk für die Kinder des Donbass und für die, die in den Schützengräben die Russische Welt verteidigen, unsere gemeinsame Freiheit, Würde und Unabhängigkeit.

Die KPRF hat eine ganze Serie von Veranstaltungen durchgeführt, die davon zeugen, dass wir nicht einfach die Partei des arbeitenden Volks sind, sondern die Partei der Gerechtigkeit, des Humanismus und des Guten. Gerade beendet die 13. Schicht von Kindern des Donbass ihre Erholung in Snegiri bei Moskau. In diesem Jahr haben sich bei uns schon mehr als 2000 Jungen und Mädchen erholt. Diese Erholung dauert zwei Wochen und beinhaltet auch die Bekanntschaft mit Moskau, dem Kreml, militärischem Patriotismus und der Schule der Meister. Die Kinder nehmen an Wettkämpfen teil, werden medizinisch untersucht. Einige von ihnen kommen aus der frontnahen Zone und kommen die ersten zwei oder drei Tage einfach nur zu sich. Denn sie lebten unter Bombardierung und Beschuss. Dennoch sind dies wunderbare Kinder, sie haben großartige Gesichter. Sie kennen sehr gut sowohl die russische als auch die ukrainische Sprach. Und diese Kinder kommen mit Vergnügen in unsere Hauptstadt. Wir haben in den letzten Jahren schon mehr als 10.000 solcher Kinder empfangen“, sagte er.

An der Entsendungszeremonie nahmen auch das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF K.K. Tajsajew, das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF, der erste Sekretär des Moskauer Oblastkomitees der KPRF N.I. Wassiljew, der Sekretär des ZK der KPRF A.A. Juschtschenko, der Direktor der Lenin-Sowchose P.N. Grudinen, der Leiter der Fraktion der KPRF in der Moskauer Oblastduma A.A. Naumow, Abgeordnete verschiedener Ebenen, Kommunisten, Komsomolzen, Vertreter von Industriebetrieben und gesellschaftlichen Organisationen der Oblast Moskau, Moskaus und der Oblast Tula teil.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/12/20211220_182905.jpeg

de.rt.com: **Wladimir Putin: 32 Terroranschläge in Russland seit Jahresanfang verhindert**

In den ersten elf Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 61 terroristische Straftaten, darunter 32 Terroranschläge, verhindert, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin. Er betonte die Wichtigkeit, den Kampf gegen den Terrorismus auch weiterhin wirksam fortzusetzen.

Am Montag gratulierte Wladimir Putin in einer Ansprache den Mitarbeitern der russischen Sicherheitsdienste zu ihrem beruflichen Feiertag, der jährlich am 20. Dezember begangen wird. Darin betonte der russische Präsident die schwierige internationale Lage sowie die Art und das Ausmaß der aktuellen Herausforderungen und Risiken, die heutzutage höhere Anforderungen an die Arbeit der Beamten stellen würden. Putin wird von der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert:

"In den vergangenen Jahren hat es in diesem komplexen und sehr verantwortungsvollen Bereich bedeutende Erfolge und einen insgesamt positiven Trend gegeben."

Dank der Bemühungen der Sicherheitsdienste sei die terroristische Bedrohung in Russland drastisch zurückgegangen, so der Präsident. So konnten ihm zufolge innerhalb der vergangenen elf Jahre mehr als 200 Terrorangriffe verhindert werden. Die Zahl der terrorismusbezogenen Straftaten sei in diesem Zeitraum ebenfalls um ein Vielfaches geschrumpft. Die überwiegende Mehrheit dieser Straftaten werde bereits in der Vorbereitungsphase vereitelt. Der Präsident zog auch die Bilanz des laufenden Jahres:

"In den ersten elf Monaten des scheidenden Jahres konnten dank Ihrer reibungslosen und operativen Arbeit 61 derartige Straftaten verhindert werden, darunter 32 terroristische Akte. Dies ist ein gutes Ergebnis, aber viele Probleme sind noch zu lösen."

Es sei notwendig, auch weiterhin "offensiv und effektiv zu handeln", fügte Putin hinzu. Neben dem Kampf gegen den Terrorismus zählte das russische Staatsoberhaupt die Fortsetzung der offensiven Taktik bei der Spionage- und Korruptionsbekämpfung sowie die Gewährleistung eines zuverlässigen Schutzes der Staatsgrenzen zu den weiteren vorrangigen Aufgaben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c07f2248fbef6bd028a4de.JPG>